

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

2./3. März, Görlitz, Wichernhaus



Gegenstand:

Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen
Arbeitsmarkt

Antragsteller:

Landesvorstand

TO-Punkt

Bemerkungen:

W-1

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

2 Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr auch in Sachsen zurückgegangen. Doch an dieser positiven
3 Arbeitsmarktentwicklung und dem zunehmenden Fachkräftemangel profitieren auch in Sachsen
4 nicht alle Menschen. Der sächsische Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Auf der einen Seite verläuft
5 diese Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, die dauerhaft von Beschäftigung
6 ausgeschlossen sind. Auf der anderen Seite verläuft die Spaltung zwischen regulär und prekär
7 Beschäftigten, die kein stabiles und ausreichend entlohntes Arbeitsverhältnis haben. So liegen z.B.
8 61,3 Prozent der fast 49.000 sächsischen Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen mit ihrem Gehalt
9 unter der ostdeutschen Niedriglohnschwelle (1.379 Euro)¹.

10 Die Zugangs- und Aufstiegschancen sind nicht gerecht verteilt. Besonders Geringqualifizierte
11 werden abgehängt, erhalten kaum Weiterbildung. Ebenso wie sie sind auch Menschen mit
12 Behinderung, Migrantinnen und Migranten und ältere Menschen deutlich häufiger von
13 Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen lag mit 13,8 Prozent im
14 Januar 2012 um 2,8 Prozentpunkte über der Gesamtarbeitslosenquote (11 Prozent in Sachsen),
15 die von ausländischen Mitmenschen sogar mit 22,7 Prozent deutlich darüber². Laut der
16 sächsischen Staatsregierung sind Frauen in Sachsen häufiger in Teilzeit beschäftigt als

¹ Antwort der Staatsregierung auf die Große Anfrage: Arbeit und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Drs.-Nr.:5/6325)

² Arbeitsmarktreport der Regionaldirektion Sachsen, Januar 2012: www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-S/RD-/Presse/2012/Publikationen/pdf/Arbeitsmarktreport-Januar-2012.pdf

W-1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

17 Männer (234.805 gegenüber 48.071 Männern im Jahr 2010) und verdienen weniger. Im Jahr
18 2010 haben in Sachsen 27.172 Männer (4,4 Prozent) sozialversicherungspflichtig Vollzeit
19 gearbeitet und dafür einen Armutslohn³ (weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens
20 Ost) erhalten. Dagegen haben 63.266 Frauen (14,7 Prozent) in sozialversicherungspflichtiger
21 Vollbeschäftigung Armutslöhne bekommen. Frauen besetzen zudem immer noch viel seltener als
22 Männer Führungsetagen, und wenn dann besonders bei den öffentlichen und privaten
23 Dienstleistungen.

24 Es sieht nicht so aus, als würde sich daran etwas ändern. Die schwarz-gelbe Arbeitsmarktpolitik in
25 Bund und Land wird vor allem vom Rotstift diktiert. Ob beim Gründungszuschuss, der beruflichen
26 Weiterbildung oder im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung, überall wird gespart. Mit dem
27 Argument, dass weniger Arbeitslose weniger Mittel benötigen, werden der aktiven
28 Arbeitsmarktpolitik bis 2015 fast acht Milliarden Euro entzogen. Besonders viele langzeitarbeitslose
29 Menschen sind jedoch auf besondere Maßnahmen der Weiterbildung und Arbeitsförderung
30 angewiesen, weil sie auch heute nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Sie sind eben
31 nicht kurzfristig und kostengünstig zu vermitteln. Aber auch für die Beschäftigten verweigert die
32 sächsische Staatsregierung einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung zur Weiterbildung und
33 lehnt das von uns Bündnisgrünen geforderte Bildungsfreistellungsgesetz ab.

34 Eine der ersten Amtshandlungen des sächsischen FDP-Wirtschaftsministers war die vorzeitige
35 Beendigung und ersatzlose Abschaffung des Förderinstrumentes Kommunalkombi. Kurze Zeit
36 später folgte die Abwicklung von TAURIS, eine Initiative zur Förderung der
37 Beschäftigungsfähigkeit und Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit. Beide Programme dienen
38 insbesondere der Teilhabe und Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen. Die Politik von
39 CDU und FDP verschärft die Arbeitsmarktpaltung und die ungerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt.

40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das ändern. Wir wollen einen solidarischen Arbeitsmarkt, der
41 allen Mitgliedern der Gesellschaft fairen Zugang, Teilhabe und gutes Auskommen sichert.

42 Menschen, die heute vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, weil sie bestimmten Ansprüchen
43 angeblich nicht genügen müssen sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Wir
44 wollen dass alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, Qualifikationen und Stärken
45 Chancen erhalten. Dafür brauchen wir eine Arbeitsmarktpolitik die die richtigen
46 Rahmenbedingungen für eine barrierefreie Arbeitswelt, Durchlässigkeit und individuelle
47 Entwicklungsmöglichkeiten setzt.

³ Das heißt diese Arbeitnehmer haben vollzeitbeschäftigt gearbeitet und einen Lohn unterhalb von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens Ost erhalten.

W-1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

48 Gute Arbeit und faire Beschäftigung gibt nicht nur ausreichend Einkommen, Sicherheit und
49 Anerkennung, sondern stärkt auch die Solidargemeinschaft durch die Finanzierung des
50 Sozialstaats über Sozialabgaben und Steuern und sichert den zunehmenden Bedarf an Fachkräften
51 der sächsischen Wirtschaft.

52

53 **Langzeitarbeitslose und Menschen in prekärer Beschäftigung besonders fördern!**

54 Der Trend zu Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung sowie der Ausweitung von Leiharbeit
55 trägt zur Spaltung am Arbeitsmarkt bei. Unsichere und instabile Beschäftigungen beeinträchtigen
56 die Menschen in ihrer Arbeits- und Lebensplanung und führen zu psychischen Belastungen. Vor
57 allem geringqualifizierte Menschen können ihre Arbeitsmarktchancen nur durch besseren Zugang
58 zu Aus- und Weiterbildung erhöhen.

59

60 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

- 61 • die Konzentration auf abschlussbezogene Weiterbildung über die Arbeitsagenturen und
62 Jobcenter anstelle der bisherigen Praxis kurzfristiger Maßnahmen. Anerkannte
63 Berufsabschlüsse sollen verstärkt Ziel der geförderten Weiterbildung für Langzeitarbeitslose
64 sein.
- 65 • eine flächendeckende Weiterbildungsberatung für Arbeitslose und geringqualifizierte
66 Beschäftigte sowie die Verbesserung der Förderung von Weiterbildungs- und
67 Umschulungsmaßnahmen über das SGB II und SGB III.
- 68 • eine bessere Unterstützung beim Übergang von Schule und Beruf an allgemeinbildenden
69 Schulen indem die vorhandenen Angebote stärker aufeinander abgestimmt und bei Bedarf
70 individuelle Berufseinstiegsbegleitung ermöglicht werden, um den Anteil an Schülern und
71 Schülerinnen in berufsvorbereitenden Maßnahmen und vollzeitschulischen Ausbildungen zu
72 verringern. Ziel muss sein, so viele Jugendliche wie möglich in eine berufliche Ausbildung zu
73 bringen.
- 74 • gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit vom ersten Tag an, damit die verbreitete Leiharbeit
75 nicht als Instrument für Lohndumping und Risikoauslagerung genutzt werden kann.
- 76 • einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser soll von einer Mindestlohn-Kommission,
77 bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften, Arbeitgeber und der
78 Wissenschaft, festgesetzt und regelmäßig angepasst werden. Darüber hinaus wollen wir
79 weitere branchenspezifische Mindestlöhne und mehr allgemein verbindlich erklärte Tariflöhne,
80 die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten.

W-1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

- 81 • eine langfristige neue Perspektive durch sinnstiftende zusätzliche Beschäftigung außerhalb des
82 Arbeitsmarktes für diejenigen mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen. Diese
83 Beschäftigungsverhältnisse sollen sozialversicherungspflichtig und arbeitsmarktnah sein und
84 Betreuung und Qualifizierung miteinander verzahnen. Ziel ist der Erhalt der
85 Beschäftigungsfähigkeit und die mögliche Integration auf den Arbeitsmarkt.

86

87 **Die Integration Älterer in den Arbeitsmarkt verbessern!**

88 Ältere Menschen sind Sachsen überproportional von Arbeitslosigkeit und zunehmend von Alters-
89 armut betroffen. Die Jobsuche im Alter wird zur Belastung, weil viele Unternehmen immer noch
90 ausschließlich auf junge Belegschaften setzen. Gleichzeitig zeichnet sich in Sachsen der demografi-
91 sche Wandel besonders deutlich ab. Auch weil in den letzten Jahren aufgrund unattraktiver Ent-
92 lohnung und Arbeitsmarktchancen viele junge Menschen ihre Heimat verlassen haben, altert
93 Sachsen besonders rasant. Wir können es uns in Zukunft nicht mehr leisten die Potenziale der
94 älteren Erwerbspersonen nicht zu nutzen. Faire und stabile Erwerbsarbeit ist zudem das beste Mit-
95 tel gegen Altersarmut.

96

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 98 • die bessere Beteiligung Älterer an betrieblichen Weiterbildungen hin zum Prinzip des
99 Lebenslangen Lernens. Dafür müssen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch Beratung
100 und vernetzte Angebote gezielt gefördert werden.
- 101 • die Unterstützung von KMU bei der Entwicklung von betriebsspezifischen Konzepten im
102 Bereich Arbeitsorganisation (z.B. Tandemprogramme, altersgemischte Teams) und
103 Gesundheitsförderung (z.B. individuelle Arbeitsplatzgestaltung).
- 104 • einen betrieblichen Arbeitsschutz, der mehr als heute vor Stress und psychischer Überlastung
105 schützt.
- 106 • altersgerechte Arbeitszeitbedingungen z.B. durch Weiterentwicklung und Ausbau der
107 Möglichkeiten zur selbstbestimmten Arbeitszeitgestaltung durch Langzeitkonten,
108 Teilzeitoptionen oder temporäre Freistellungen.
- 109 • Erhalt der Beschäftigung Älterer mit auf sie zugeschnittenen Arbeitsbedingungen, Hilfsmitteln
110 oder Assistenzen, wenn sie aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder eines Unfalls ihrer
111 regulären Arbeit nicht mehr vollständig nachkommen können. Das Instrument des
112 Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach SGB IX muss in sämtlichen Betrieben zur
113 Anwendung kommen.

W-1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

- 114 • die Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung als Auftrag im SGB II und SGB III
115 und konkrete Angebote für Arbeitslose um arbeitsmarktintegrative und gesundheitsbezogene
116 Leistungen zu kombinieren.
- 117 • die Sicherstellung der erforderlichen Ausstattung der Jobcenter und Arbeitsagenturen für eine
118 qualitativ hochwertige individuelle Unterstützung älterer Arbeitsloser und die Abschaffung
119 aller Regelungen, die statt Integration, Ausschluss älterer Arbeitsloser vom Arbeitsmarkt
120 fördern. Wir lehnen eine vorzeitige Zwangsverrentung Arbeitssuchender ab.

121

122 Arbeits- und Aufstiegschancen für Frauen verbessern!

123 Beruf und Familie miteinander zu verbinden, ist für die meisten sächsischen Frauen eine Selbstver-
124 ständlichkeit. Und dennoch sind auch in Sachsen Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt: Sie arbei-
125 ten häufiger in Teilzeit, verdienen weniger und sind viel seltener in Führungspositionen vertreten.
126 Gerade bei Frauen führen die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen in mehrfacher Hinsicht
127 zu Lohneinbußen. Nach Erwerbspausen verringern sich die Aufstiegschancen bzw. die Chancen
128 auf Rückkehr in eine adäquate berufliche Position.

129

130 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 131 • gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und die Ablösung des Ehegattensplittings, welches die
132 ungleiche Erwerbsarbeitsteilung und Einkommensunterschiede zwischen den Ehepartnern
133 fördert, durch eine Individualbesteuerung.
- 134 • ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf Bundesebene sowie die Umsetzung des §
135 15 Sächsisches Frauenförderungsgesetz, Gremien wie Aufsichtsratspositionen in Unternehmen
136 mit Landesbeteiligung geschlechterparitätisch zu besetzen.
- 137 • Verankerung der Einführung von Teilzeit als Pflichtangebot auch in Führungspositionen im
138 Teilzeit- und Befristungsgesetz.
- 139 • ein Aufbrechen der geschlechterspezifischen Berufsorientierung durch umfassende und
140 flächendeckende Bildungsberatung, die in den Schulen als Berufs- und Studienorientierung
141 verankert wird. Genderwissen bei Lehrerinnen und Lehrern muss im Lehramtsstudium Teil der
142 Ausbildung werden.
- 143 • zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen einen
144 flächendeckenden quantitativen und qualitativen Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten
145 sowie flexiblere Betreuungszeiten.

W-1 Für einen gerechten, inklusiven und solidarischen Arbeitsmarkt

- 146 • flexiblere Arbeitszeitregelungen in den Unternehmen, die auch der besonderen
147 Lebenssituation Alleinerziehender Rechnung tragen.
- 148 • spezielle Weiterbildungsangebote für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf nach längerer
149 Erwerbspause aufgrund von Familienzeiten.

150

151 Arbeitsmarktzugang von Migrantinnen und Migranten sichern!

152 Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen oder im
153 Niedriglohnsektor beschäftigt. Strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen führen zu
154 einem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Das ist nicht nur ungerecht, sondern mit Blick auf
155 den demografischen Wandel auch wirtschaftlich unvernünftig. Wir brauchen Strategien wie wir
156 auch zugezogenen Ehepartnerinnen und -partnern sowie langjährig geduldeten Flüchtlingen indi-
157 viduelle Zugangschancen eröffnen können.

158

159 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 160 • einen individuellen Rechtsanspruch auf ein leicht zugängliches, schnelles und transparentes
161 Anerkennungsverfahren von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen. Die
162 Verfahrensstandards und die Anerkennung müssen bundesweit vereinheitlicht werden und die
163 Ergebnisse verbindlich zwischen den Ländern gültig sein.
- 164 • Verbindliche und transparente Informationen über Nachqualifizierungserfordernisse und
165 Möglichkeiten der Umsetzung sowie ein besseres Angebot von beruflichen Anpassungs- und
166 Nachqualifizierungen.
- 167 • die Verankerung der berufsbezogenen Sprachförderung als Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik
168 nach SGB III und als Regelinstrument im SGB II.
- 169 • ein flächendeckendes Angebot von Beratungsstellen, die die Antragstellerinnen und
170 Antragsteller als zentrale Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen beim
171 Anerkennungsverfahren individuell begleiten und für alle Fragen zum Verfahren zur
172 Verfügung stehen.
- 173 • die Teilnahmemöglichkeiten an Integrationskursen unabhängig von Aufenthaltstitel (Nicht-EU-
174 Bürger und Bürgerinnen) oder Freizügigkeitsbescheinigung (EU-Bürger und Bürgerinnen)
- 175 • die interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Sensibilisierungsoffensiven zur Beseitigung
176 von Alltagsrassismus sowie die Etablierung einer Willkommenskultur.

177 **Berufliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung verbessern!**

178 Menschen mit Behinderungen haben schlechtere Arbeitsmarktchancen und sind wesentlich häufi-
179 ger von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung betroffen. Für viele von ihnen gibt es kaum Alternati-
180 ven zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Wir wollen, dass die
181 gleichberechtigte Wahrnehmung und Anerkennung von Menschen mit Behinderungen in der
182 Arbeitswelt zum Regelfall wird. Selbstbestimmung und die Möglichkeit den Lebensunterhalt durch
183 Arbeit selbst zu verdienen ist für alle Menschen von großer Bedeutung.

184

185 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 186 • Maßnahmen, die mehr reguläre Schulabschlüsse für Schüler und Schülerinnen mit
187 Förderbedarfen in Sachsen ermöglichen sowie die Verbesserung des Übergangs von der
188 Förderschule ins Berufsleben. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig Kinder mit und ohne
189 Behinderung von klein auf gemeinsam lernen und die individuelle Förderung überall
190 umgesetzt wird.
- 191 • die Weiterentwicklung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, um die individuellen
192 Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten zu stärken und zu fördern. Personenzentrierte
193 Unterstützung und Förderung soll Vorrang vor der institutionellen Förderung bekommt. Der
194 Berufsbildungsbereich sollte stärker auf den Erwerb von Regelberufsabschlüsse ausgerichtet
195 werden. Für Menschen, die keinen Regelschulabschluss erreichen können brauchen wir
196 anerkannte Teilabschlüsse und anerkannte Zertifikate, die für den Einsatz auf dem ersten
197 Arbeitsmarkt genutzt werden können.
- 198 • die Stärkung und den Ausbau der erfolgreichen Unterstützung durch die
199 Integrationsfachdiensten sowie die Förderung von Zuverdienst- und Integrationsfirmen, die
200 gerade für Menschen mit psychischen Erkrankungen durch angepasste Arbeitszeiten,
201 Rücksichtnahme auf Leistungsschwankungen und individuell angepasste Arbeit
202 Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt bieten.
- 203 • das Persönliche Budget für Arbeit. Behinderte Menschen sollen den Betrag erhalten, den ihr
204 Werkstattplatz kostet, um ihn mit zu einem Arbeitgeber auf den ersten Arbeitsmarkt zu
205 nehmen. Das Geld soll von Menschen mit Behinderung direkt und selbstbestimmt auf dem
206 ersten Arbeitsmarkt einsetzbar sein. Dabei muss sichergestellt werden, dass erwerbsunfähige
207 Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt gegenüber Solchen in einer
208 Werkstatt sozialversicherungsrechtlich nicht schlechter gestellt sind.

209 **Vielfalt fördern!**

210 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung und Anerkennung von Vielfalt in der
211 Arbeitswelt ein. Wir wollen die Verankerung eines Vielfaltsmanagements in der sächsischen
212 Landesverwaltung um die Chancen einer vielfältigen Belegschaft konstruktiv zu nutzen.
213 Vielfaltsmanagement heißt Diskriminierungen konsequent abzubauen und die kreativen
214 Potenziale, Erfahrungen und Arbeitsweisen verschiedener Arbeitnehmerinnen und
215 Arbeitnehmer optimal zu nutzen. Wir fordern Maßnahmen um diese Strategien auch in
216 kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) zu fördern.